

A12 Jürgen Waibel

Selbstvorstellung

Bewerbung um das erste offene Unterstützungsvotum für die Landesliste NRW 2027

Politik über Wahlperioden und Lebensphasen hinaus denken

Ich habe mich viele Jahrzehnte für Politik interessiert, war aber lange Zeit selbst nicht politisch aktiv. 2023 bin ich schließlich in die Partei eingetreten, zunächst auch, um zu verstehen, wie Politik von innen funktioniert. Aus diesem ersten Schritt ist inzwischen konkrete politische Arbeit geworden.

Heute arbeite ich als sachkundiger Bürger im Ausschuss für Gesundheit und Soziales, bin Mitglied der LAG Alter, demografischer Wandel und Pflege und Sprecher der GRÜNE ALTE LANDESVEREINIGUNG NRW. Über die Partei hinaus verrete ich die Mitglieder der Partei in der LAGSO NRW.

Dabei ist für mich eine Frage immer wichtiger geworden:

Wie schaffen wir Politik, die nicht nur ein einzelnes Problem löst, sondern auch die Folgen für andere Menschen, andere Lebensbereiche und die nächste Generation mitdenkt?

Mein Blick auf Politik

Beruflich habe ich mein ganzes Leben lang komplexe IT- und Netzwerksysteme analysiert und geplant. Dabei geht es nicht darum, nur eine einzelne Komponente zu betrachten. Entscheidend ist das Zusammenspiel: Welche Abhängigkeiten gibt es? Was verändert eine Entscheidung an anderer Stelle? Und wie muss ein Gesamtsystem gestaltet sein, damit es langfristig funktioniert?

Diesen Blick bringe ich auch in meine politische Arbeit ein.

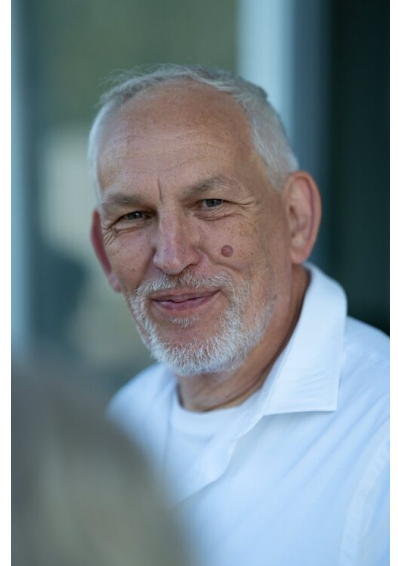
Politik wird häufig in Fachgebieten und Wahlperioden gedacht. Das trifft aber nicht die Lebensrealität der Menschen. Sie wohnen, arbeiten, kümmern sich um Kinder oder Angehörige, brauchen Mobilität, müssen ihre Wohnung bezahlen und wollen auch im Alter selbstbestimmt leben können.

Deshalb möchte ich Politik stärker über einzelne Politikfelder, Wahlperioden und Lebensphasen hinaus denken.

Lebensalter und Generationengerechtigkeit

Wenn wir über Vielfalt und Repräsentation sprechen, berücksichtigen wir viele wichtige Dimensionen. Eine kommt mir dabei noch zu wenig vor: das Lebensalter.

Dabei geht es mir nicht nur um ältere Menschen.



Alter:
64

Geburtsort:
Düsseldorf

Wir müssen Antworten auf die Fragen der Menschen finden, die heute alt sind und ihre Lebensumstände nicht mehr grundlegend verändern können. Gleichzeitig müssen wir jungen Menschen die Möglichkeit geben, ihre Zukunft selbst mitzugestalten.

Generationengerechtigkeit bedeutet für mich deshalb nicht Jung gegen Alt. Sie bedeutet, Politik so zu gestalten, dass sie über verschiedene Lebensphasen und Lebensentwürfe hinweg funktioniert.

Und wenn wir über die Zukunft junger Menschen sprechen, dürfen wir nicht nur darüber reden, welche Welt wir ihnen hinterlassen. Wir müssen sie an den Entscheidungen beteiligen, die ihre Zukunft bestimmen.

Nicht nur für die nächste Generation entscheiden, sondern gemeinsam mit ihr.

Das ist auch eine Frage unserer politischen Ansprache. Ältere Menschen sind ein großer und weiter wachsender Teil unserer Gesellschaft. Wenn wir sie politisch erreichen wollen, brauchen wir glaubwürdige Antworten auf ihre tatsächlichen Lebensfragen: Wohnen, Mobilität, Versorgung, Pflege, soziale Teilhabe und Selbstbestimmung.

Diese Fragen sind aber keine reine Seniorenpolitik. Denn auch wer heute jung ist, wird morgen älter sein. Gerade junge Menschen müssen deshalb die Möglichkeit haben, mitzuentcheiden, wie sie selbst in Zukunft leben wollen.

Querschnitt statt zusätzlichem Fachgebiet

Meine Bewerbung ist deshalb bewusst nicht auf einen bestimmten Wahlkreis oder ein einzelnes Fachgebiet zugeschnitten.

Ich bewerbe mich um ein Unterstützungsvotum, weil ich eine Perspektive ergänzen möchte.

Das lässt sich an vielen politischen Fragen zeigen.

Beim Wohnen beispielsweise wird in den Kommunen viel unternommen, um lokale Probleme zu lösen. Trotzdem steigen die Mieten vielerorts weiter. Wir brauchen deshalb auch kreative politische Ansätze, die die Mechanismen der Preisspirale hinterfragen, begrenzen und auch Eigentümer stärker in soziale Verantwortung einbeziehen.

Bei der Pflege müssen wir früher ansetzen: bei Wohnraum, Quartieren, Mobilität und sozialer Infrastruktur, aber auch bei der Unterstützung pflegender Angehöriger. Wer wegen der Pflege eines Angehörigen seine Erwerbstätigkeit reduziert, darf nicht Jahre später mit den Folgen bis hin zur eigenen Altersarmut allein gelassen werden.

Und bei Infrastruktur müssen wir Entscheidungen treffen, die Jahrzehnte tragen. Eine Brücke wird nicht für eine Wahlperiode gebaut. Eine Bahnstrecke schon gar nicht. Auch ein Wohnquartier, das heute entsteht, prägt die Lebensbedingungen von Menschen über Jahrzehnte.

Wir dürfen politische Probleme nicht dadurch lösen, dass wir sie an eine andere Stelle verschieben.

Für bessere Antworten

Ich sehe in meinem persönlichen Umfeld zunehmend die Versuchung, sich einfachen Antworten zuzuwenden. Das ist verständlich: Die wirklichen Antworten sind häufig kompliziert und manchmal schmerzhaft. Gerade deshalb sollten wir ihnen nicht mit noch mehr Vereinfachung begegnen.

Natürlich kann man gegen etwas sein. Gegen etwas zu sein, ist aber noch kein Lösungsvorschlag. Was ist der konkrete Lösungsansatz? Was soll sich ändern, wie soll es funktionieren und vor allem: Welche Folgen hat das für andere Bereiche?

Ich möchte Politik nicht einfacher reden, als sie ist. Ich möchte aber auch nicht akzeptieren, dass Komplexität eine Ausrede dafür wird, Probleme nur zu verwalten.

Warum ich mich um ein Unterstützungsvotum bewerbe

Ursprünglich ging es mir vor allem darum, meine Gedanken und meine Perspektive in die politische Arbeit einzubringen. Je stärker ich mich mit diesen Themen beschäftige, desto klarer wird mir aber: Ich möchte nicht nur darüber reden, was verändert werden müsste. Ich möchte selbst Verantwortung übernehmen und daran mitarbeiten, diese Veränderungen auf den Weg zu bringen.

Meine Bewerbung ist deshalb bewusst nicht auf einen bestimmten Wahlkreis oder ein einzelnes Fachgebiet zugeschnitten. Meine politische Arbeit findet bereits heute auf verschiedenen Ebenen statt, und viele der Fragen, mit denen ich mich beschäftige, lassen sich nicht auf einen Wahlkreis begrenzen.

Ich bewerbe mich um ein Unterstützungsvotum, weil ich eine Perspektive ergänzen möchte. Ich möchte den Querschnittsblick einbringen, den ich auch in meiner bisherigen politischen Arbeit einnehme: auf die langfristigen Folgen politischer Entscheidungen, auf ihre Wechselwirkungen und darauf, wie sie bei Menschen in unterschiedlichen Lebensphasen ankommen.

Ich verspreche keine einfachen Lösungen.

Aber ich verspreche, die unbequemen Fragen zu stellen, Zusammenhänge sichtbar zu machen und nach Lösungen zu suchen, die nicht nur heute funktionieren, sondern auch morgen noch tragen.

Denn jedes Alter zählt.

Ich bin Jürgen Waibel, 64 Jahre alt und lebe in Düsseldorf.

Ich bewerbe mich um das erste offene Unterstützungsvotum im Bezirksverband Niederrhein-Wupper.